



**Bundes-
Delegierten-
Konferenz
und
Außerordentlicher
Parteitag
der SPD**

Köln
Messe-Kongress-
Zentrum Ost
9.--10.12.1978

Soziale Demokratie
für Europa

Programm der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
für die
erste europäische Direktwahl 1979

IV. Wir werden Europa zur Sozialgemeinschaft ausbauen

Die Arbeitnehmer in der Gemeinschaft fragen zu Recht nach der gesellschaftspolitischen Perspektive der europäischen Einigung. Die Politik der Gemeinschaft sieht sich dem wachsenden Anspruch der Arbeitnehmer gegenüber der europäischen Zusammenarbeit sozialen Inhalt zu geben.

Wir stellen uns dieser Aufgabe. Sie hat für uns Vorrang. Die sozialen Auseinandersetzungen, die die Sozialdemokraten für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Menschen geführt haben, und ihre sozialpolitischen Erfahrungen befähigen und verpflichten sie mehr als andere, Europa zur Sozialgemeinschaft auszubauen.

Humane Arbeitsbedingungen, verbesserte soziale Sicherheit, Erhaltung unserer Umwelt, Forschung im Dienste am Menschen sind für uns vorrangige Ziele der Gemeinschaftspolitik. Daher liegt es im Interesse der Arbeitnehmer, daß der demokratische Sozialismus die stärkste politische Kraft in Europa wird.

IV.1 Humane Arbeitsbedingungen

Für die Mehrheit der Bürger ist die Arbeit der bestimmende Faktor ihres Lebens: Materielle Existenzsicherung, Einkommen, Weiterkommen, Sport, Freizeit- und Erholungsmöglichkeit, kulturelle Teilhabe, soziale Anerkennung und Erfolg hängen wesentlich von der Arbeit und der beruflichen Entwicklung ab. Arbeitsbedingungen und Arbeitsinhalte prägen auch die Einstellungen und Verhaltensweisen; damit sind sie auch für die Entwicklung von Gesellschaft und Demokratie ausschlaggebend.

Sozialdemokraten haben in den letzten Jahren eine Reihe wichtiger Maßnahmen des Arbeitsschutzes und der Arbeitsverbesserungen erreicht. Weitere Erfolge verlangen Solidarität und gemeinsames Handeln mit den Gewerkschaften.

Wichtige Ziele sozialdemokratischer Politik zur Humanisierung der Arbeitswelt sind:

Überwindung der Entfremdung durch Mitgestaltung und Mitbestimmung der Arbeitsbedingungen durch die arbeitenden Menschen;

Entwicklung der schöpferischen Fähigkeit, Eigeninitiative, Selbstverantwortung, sowie der Fähigkeit zur Kooperation. Dazu sind erforderlich:

Neue Produktions- und Arbeitsmethoden zur Überwindung von Arbeitserlegung, Eintönigkeit, Takt- und Akkordzwängen durch planmäßige Aufgabenerweiterung und selbstverantwortliche Gruppenarbeit.

Wir Sozialdemokraten wehren uns gegen einen Leistungsbegriff, der die Menschenwürde den wirtschaftlichen Überlegungen unterordnet. Humanere und freiere Arbeitsgestaltung richten sich nicht gegen Leistung und Produktivität. Im Gegenteil, sie werden erhöht durch Arbeitszufriedenheit und Leistungsmotivation.

IV.2 Verbesserte soziale Sicherheit

Ein weiterer Schwerpunkt liegt im Bereich der sozialen Sicherung für den einzelnen und für die Familie im Falle von Krankheit, Invalidität und Alter. Das System der sozialen Sicherung muß zu einem Angebot

für alle Bürger Europas werden. Europa darf keine Inseln der sozialen Schutzlosigkeit mehr aufweisen. Wir fordern einen sozialen Grundrechtskatalog, der durch eine Politik der sozialen Sicherung einzulösen ist.

Das dichte Netz der sozialen Sicherung, das in einigen Mitgliedstaaten, wie z. B. in der Bundesrepublik, erreicht worden ist, darf nicht gefährdet werden. Eine schrittweise Angleichung der sozialen Sicherung in allen Mitgliedstaaten muß sich am jeweils höchsten Niveau orientieren.

Notwendig ist dabei eine vorausschauende Sozialpolitik, die die sozialen Probleme rechtzeitig erkennt und die Gefahren sozialen Abstiegs von vornherein vermeidet.

Vorsorgemedizin und Maßnahmen zur Sicherung der Gesundheit am Arbeitsplatz müssen verstärkt werden, insbesondere müssen bei Einführung neuer Techniken von Anfang an die möglichen gesundheitlichen Folgen bedacht und entsprechende Schutzmaßnahmen getroffen werden.

Die Gruppe der Behinderten, der sozial Schwachen und der kinderreichen Familien müssen in das Netz der sozialen Sicherung einbezogen werden. Alle Menschen in der Gemeinschaft, die kein ausreichendes Einkommen haben, müssen einen Rechtsanspruch zur Sicherung des Lebensunterhaltes haben.

Die Sozialleistungen sind an dem im Arbeitsleben erworbenen Lebensstandard zu orientieren, um einem sozialen Abstieg beim Ausscheiden aus dem Arbeitsleben vorzubeugen. Dies erfordert eine weitgehende Dynamisierung der Sozialleistungen, d. h. die Bindung der Sozialleistungen an die Entwicklung der Einkommen in der Gemeinschaft.

Die Gleichstellung von Mann und Frau beim Rentenanspruch ist durchzusetzen.

Wir fordern eine fortschreitende Harmonisierung der Bewilligungsgrundlagen für die sozialen Ansprüche; ein Recht auf Eingliederung und Wiedereingliederung in das Erwerbsleben, vor allem für arbeitslos gewordene Behinderte und benachteiligte Personengruppen. Koordination und Harmonisierung der Sozialgesetzgebung in den Mitgliedstaaten, sowie Selbstverwaltung und gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften in den Gremien der sozialen Sicherung sind wichtige Ziele der Sozialpolitik in Europa.

Der europäische Sozialfonds ist zur Verwirklichung dieser Ziele aufzustocken und verstärkt zu nutzen.

IV.3 Sicherung der Rohstoff- und Energieversorgung

Die Industrienationen, auch die der Europäischen Gemeinschaft, sind in den letzten Jahrzehnten verschwenderisch mit Rohstoffen und Energie umgegangen. Diese Vergeudung von Ressourcen ist nicht mehr zu verantworten. In unser aller Interesse, insbesondere dem der künftigen Generationen ist hier ein Umdenken dringend erforderlich. Ein weiterer Anstieg des Energie- und Rohstoffverbrauchs wie bisher kann angesichts der begrenzten Ressourcen der Erde und der Umweltgefahren nicht hingenommen werden. Wir Sozialdemokraten stellen uns der Verantwortung. Unsere Solidarität ist nicht auf diese Generation beschränkt.

Immer mehr Menschen machen sich bei uns Gedanken über Fortschritt und Wachstum. Es geht um die soziale Beherrschung der Ergebnisse von Naturwissenschaft und Technik und damit letztlich um die Frage: **Wie wollen wir in Zukunft leben?**

Wir Sozialdemokraten werden daher für eine konsequente Politik der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen eintreten. Dies bedeutet:

Sparame Verwendung von Rohstoffen, Abkehr von der „Wegwerfgesellschaft“, Rückgewinnung von Rohstoffen aus Abfällen und deren Wiederverwertung und eine international zwischen Produzenten- und Empfängerländern vereinbarte Rohstoffpolitik, die über eine Verstärkung von Mengen und Preisen den Verteilungskonflikt zwischen Rohstofflieferanten und Industrieproduzenten in geordnete Bahnen lenkt. Wir verlangen eine konzentrierte Forschung zur Senkung der Wachstumsraten des Energieverbrauchs und gezielte Maßnahmen zur Entkopplung von Energieverbrauch und Wirtschaftswachstum. Dabei muß der Bedarf an Wärme, Fortbewegung oder Elektrizität mit einem Minimum an Energie in jener Form erfüllt werden, die dafür am zweckmäßigsten ist. Dabei gehört der in der Gemeinschaft vorhandene Stein- und Braunkohle bei der Elektrizitätszeugung und in Fernwärmesystemen zusammen mit der Gewinnung von Energie aus nicht wiederverwertbarem Abfall der Vorrang vor Kernenergie und Mineralöl.

Der Bau neuer Kernkraftwerke darf nur genehmigt werden, wenn der zusätzliche Energiebedarf nicht durch Kohlekraftwerke gedeckt und die Entsorgungsfrage zufriedenstellend gelöst werden kann.

Wir streben in der EG eine Angleichung der Vorschriften für Genehmigung und Kontrolle bei Kernkraftwerken entsprechend den strengsten nationalen Vorschriften an.

Einer Entwicklung und Anwendung der Kernenergie werden wir nur zustimmen, wenn durch öffentliche Kontrolle der Unternehmen gewährleistet wird, daß alle Sicherheits- und Umweltprobleme zufriedenstellend gelöst werden. Unser Ziel ist es jedoch, auf die Anwendung von Kernenergie in der Zukunft möglichst zu verzichten.

Zusätzlicher Energiebedarf ist, soweit er nicht durch entsprechende Sparmaßnahmen ausgeglichen werden kann, durch weniger risikoreiche Energieträger zu decken. In der EG muß verstärkt die Entwicklung alternativer Energieträger gefördert werden.

Die europäischen Sozialdemokraten sehen das Risiko, das aus der Weitergabe der Nukleartechnologie entsteht. Solange der Verzicht auf die Anwendung der Kernenergie nicht verwirklicht ist, muß die EG darauf dringen, daß durch internationale Abkommen ein Höchstmaß technischer Sicherheitsmaßnahmen erreicht werden, um diese Risiken der Weitergabe von Nukleartechnologie möglichst gering zu halten.

Die Europäische Gemeinschaft ist in hohem Maße von Fremdeinfuhr im Energiebereich abhängig. Diese Abhängigkeit, insbesondere von Öl und Uran, muß durch eine immer stärkere Nutzung von natürlichen Energiequellen verringert werden. Hierzu bedarf es staatlicher Markteinführungshilfen. Die Möglichkeiten der Forschungs- und Technologiepolitik sind entsprechend zu erweitern, um einen reibungsfreien und wissenschaftlich begleiteten Einfuhrungsprozeß neuer Technologien in unsere Volkswirtschaft zu gewährleisten. Dafür sind die erforderlichen Mittel bereitzustellen.

Wir werden im Europäischen Parlament für eine Ausrichtung des wirtschaftlichen Wachstums in der Europäischen Gemeinschaft an den langfristigen Gegebenheiten der Energie- und Rohstoffversorgung der Gemeinschaft eintreten. Wir brauchen Wachstum, weil es in Europa wie in anderen Teilen der Welt nach wie vor einen großen Bedarf an materiellen Gütern gibt. Wir müssen jedoch stärker als bisher die Bereiche bestimmen, in denen wir Wachstum wollen.

IV.4 Erhaltung unserer Umwelt

Für Sozialdemokraten ist Umweltpolitik nicht nur ökologische Fachplanung, sondern integraler Bestandteil der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik. Ökologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen möglicher Alternativen müssen nüchtern abgewogen werden.

Wir Sozialdemokraten haben im Regierungsprogramm 1961 als erste Partei die Forderung zum Schutz der Umwelt erhoben und später in der Regierungsverantwortung die Grundlagen für den nationalen Umweltschutz geschaffen. Nationale Maßnahmen allein reichen aber nicht mehr aus. Die grenzüberschreitende Umweltbelastung macht ebenso ein europäisches Umweltkonzept notwendig wie die Wettbewerbsverzerrungen, die durch nationale Maßnahmen entstehen.

Der Verzicht dritter Staaten auf Umweltschutzmaßnahmen darf den „Industriestandort Europa“ nicht gefährden. Europäische Umweltpolitik muß deshalb als Gemeinschaftspolitik im internationalen Rahmen die europäischen Interessen durchsetzen. Tankerkatastrophen mit nachfolgender Ölpest an Europas Küsten müssen verhindert werden.

Die Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts ist ein weltweites Problem. Europa muß deshalb die internationale Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes verstärken und sein politisches Gewicht in diesen Verhandlungen einsetzen. Denn Fragen, wie die globale Meeresverschmutzung und die Erhaltung der Atmosphäre berühren unsere vitalen Interessen.

Die Zusammenarbeit in der Europäischen Gemeinschaft und den anderen europäischen Ländern muß vertieft werden. Nur gemeinsam sind wir in der Lage, die Sanierung der europäischen Flüsse, insbesondere des Rheins, zu erreichen; die Verschmutzung der Nord- und Ostsee, des Mittelmeeres und des Atlantiks zu bekämpfen und die Gewässer als Nahrungsmittelreservoir und europäische Erholungsgebiete zu erhalten.

Wir wollen Europa menschlich gestalten. Gemeinsam sind wir fähig zu einer Politik, die den Landverbrauch und die ökologisch schädliche Landnutzung eindämmt und der Erhaltung der Vielfalt unserer Tier- und Pflanzenwelt dient; unzerstörte Landschaftsräume sind so unter Schutz zu stellen, daß ihre Erhaltung auch für künftige Generationen gesichert ist.

Der Einsatz von umweltfeindlichen Chemikalien im landwirtschaftlichen Bereich ist aus gesundheitlichen Gründen zu vermindern. Statt dessen sollen umweltfreundliche Produktionsverfahren finanziell gefördert werden.

Nur gemeinsam erreichen wir die Festlegung umweltfreundlicher Normen für Produkte (z. B. Entgiftung der Autoabgase). Zum Schutz der Gesundheit kämpfen wir für einheitliche Emissionsrichtwerte in der Industrie. Umweltschutzbedingte Handelshemmnisse und Wettbewerbsverzerrungen müssen durch globale Vereinbarungen beseitigt werden.

Für die Erhaltung schadstoff-freier und ausreichender Trinkwasserreserven ist durch ein europäisches Wasserwirtschaftsprogramm zu sorgen.

Bei der Genehmigung von Anlagen, deren Auswirkungen oder potentielle Gefahren andere Mitgliedstaaten berühren, sind wirksame Abstimmungsverfahren erforderlich.

Das bedeutet vor allem die Mitwirkung und Entscheidung an Planungen der industriellen Versorgung, bei der in jedem Fall auch ökologische Bedenken und Einwände geprüft und in die Willensbildung miteinbezogen werden sollen.

Wesentlicher Bestandteil einer europäischen Umweltschutzpolitik ist für uns die Durchsetzung des Vorsorgeprinzips und des Verursacherprinzips. Bei allen Planungen im Rahmen der Industrie-, Raumordnungs- und Regionalpolitik, aber auch bei allen Investitionsentscheidungen der Wirtschaft und der öffentlichen Hand muß Vorsorge getroffen werden, daß Umweltgefahren ausgeschloßen sind. Mit Vorrang ist ein verbindliches Verfahren zu entwickeln, das es ermöglicht, bei allen Vorhaben die Verträglichkeit mit der Umwelt nach gleichen Maßstäben zu prüfen.

Die Anwendbarkeit des Verursacherprinzips wird für sich allein genommen die beabsichtigten Wirkungen dann nicht erzielen, wenn z. B.

- akute Notstände beseitigt und unaufschiebbare Ziele durchgesetzt werden sollen;
- der Einsatz vorhandener umweltfreundlicher Technologien dringend erforderlich sind;
- der Marktmechanismus wegen bestehender Angebotsmonopole nicht funktioniert oder die Marktergebnisse politisch nicht hingenommen werden können;
- die Nachfrage nach Gütern wenig elastisch ist, die Kostenzurechnung lediglich einen Preiseffekt zur Folge hat.

In diesen Fällen kann das Verursacherprinzip durch das Gemeinlastprinzip ergänzt werden.

Zusätzliches Kapitel

IV. 5

Förderung der Verbraucherinteressen

Die Sozialdemokraten sind der Auffassung, daß an die Stelle des Verbraucherschutzes die Förderung der Verbraucherinteressen treten und daß der Schwerpunkt auf vorbeugende Maßnahmen gelegt werden muß. Die Ausarbeitung dieser Politik darf nicht ohne aktive Mitwirkung der Beteiligten geschehen; das setzt eine Verbesserung der Verfahren auf Gemeinschaftsebene voraus.

Sozialdemokraten werden sich für die tatsächliche Anerkennung der Rechte der Verbraucher einsetzen.

Zum Recht auf Schutz der Gesundheit und Sicherheit schlagen sie vor:

- Verstärkte Kontrolle vor der Zulassung neuer Stoffe, über deren Unschädlichkeit kein Zweifel bestehen darf;
- Festsetzung von Grenzwerten für die Zusätze, die in Nahrungsmitteln, Kosmetika, Haushaltserzeugnissen usw. enthalten sein dürfen;
- Aufstellung von Positivlisten für gefährliche Stoffe;
- Harmonisierung der Sicherheits- und Gesundheitsvorschriften;
- Bessere Koordinierung auf dem Gebiet der Forschung;
- Allgemeiner Zugang zu den Ergebnissen von Analysen über die Giftigkeit gewisser Stoffe, die Gefahren bestimmter Apparate usw.

Die Verpackung der Erzeugnisse sollte vereinfacht werden, um die Verschwendung zu bekämpfen, jede Möglichkeit einer Täuschung über den tatsächlichen Gehalt des Erzeugnisses zu vermeiden und einen Mengen-/Preis-Vergleich zwischen den Erzeugnissen zu ermöglichen. Zu diesem Zweck sollten die zugelassenen Mengen reduziert, kostspielige und im Verhältnis zum Inhalt zu voluminöse Verpackungen verboten werden.

Hersteller und Händler sind verpflichtet, dem Verbraucher eine klare und vollständige Auskunft vor dem Kauf jedes Erzeugnisses zu liefern: Das ist die Funktion des Etiketts. Das Etikett muß in deutlicher Schrift sichtbar und leserlich abgefaßt sein, das Verfallsdatum, die genaue Zusammensetzung des Produkts, den Anteil der einzelnen verwendeten Bestandteile – dies gilt auch für kosmetische und Haushaltserzeugnisse –, die vollständige und ausführliche Liste der verwendeten Zusätze, Name und Anschrift des Herstellers sowie der in dem Land, in dem das Produkt verbraucht wird, für Schäden oder Mängel haftenden Person enthalten.

Schließlich ist die Verabschiedung der EG-Richtlinie zu einer umfassenden Produzentenhaftung zu beschleunigen.

V. Europa als Gemeinschaft aller Bürger

Freiheits- und Bürgerrechte sowie Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit gehören zu den wichtigsten Grundsätzen sozialer Demokratie. Daher darf sich die politische Vereinigung Europas nicht nur auf gleichberechtigte Staaten stützen, sondern es kommt auf die Beteiligung der Bürger an.

Die Entwicklung der Nationalstaaten im 19. Jahrhundert hat die europäischen Staaten zu „geschlossenen Gesellschaften“ werden lassen. Fremde waren durch das Staatsangehörigkeitsrecht rechtlich, politisch und wirtschaftlich diskriminiert. Das Europa, wie wir es wollen, soll dem Gemeinschaftsbürger überall in der Gemeinschaft die gleichen Freiheits- und Staatsbürgerrechte sichern.

Europa ist noch immer viel zu sehr die Angelegenheit von Regierungen und Bürokraten. Die Entscheidungen der Europäischen Gemeinschaft sind viel zu wenig durchschaubar. Obwohl wir alle davon betroffen werden, gibt es keine wirksame parlamentarische Kontrolle. Auch der Bürger hat keine Möglichkeit der Mitwirkung.

V.1 Sozialdemokraten wollen eine EG-Charta der Bürgerrechte

Die Europäische Gemeinschaft hat, auf der Grundlage wirtschaftlicher Interessen, zur Entwicklung eines Gemeinsamen Marktes und eines einheitlichen Wirtschaftsraumes geführt. Die Rechte der Bürger in der Gemeinschaft konnten sich insoweit nur auf das Wirtschaftsleben beziehen. Sie wurden damit zu Marktbürgern.

Wir Sozialdemokraten fordern eine „EG-Charta der Bürgerrechte“. Sie soll rechtliche und politische Benachteiligung von Gemeinschaftsbürgern innerhalb der Gemeinschaft beseitigen. Eine politisch zusammenwachsende Gemeinschaft von Staaten muß das Grundrecht der Gleichheit umfassend verwirklichen. Dazu gehört auch, daß Gesinnungsschnüffelei und Regelüberprüfungen der Bewerber für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst durch Verfassungsschutzorgane unterbleiben.

Die „EG-Charta der Bürgerrechte“ muß jedem Gemeinschaftsbürger einheitlich in der gesamten Gemeinschaft mindestens den Grundrechtsschutz gewähren, der ihm auch im eigenen Land garantiert ist. Ziel der Gemeinschaft muß es sein, den Grundrechtsschutz ihrer Bürger einheitlich auf dem höchsten erreichten Stand zu verwirklichen.

Die „EG-Charta der Bürgerrechte“ muß sicherstellen, daß alle Rechtsakte und Handlungen der Europäischen Gemeinschaft der Europäischen Konvention über den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten entsprechen. Damit wird sichergestellt, daß alles Gemeinschaftsrecht unter Ein-schluß der Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg angefochten werden kann.

Diese EG-Charta muß für Gemeinschaftsbürger die persönlichen Freiheitsrechte schützen, vor allem die Rechte der Individualsphäre.

Die wirtschaftlichen und sozialen Grundrechte müssen in ihrer Verankerung werden, insbesondere das Recht auf Arbeit; das Koalitionsrecht und Streikrecht, Verbot der Aussperrung sowie die Mitbestimmung im Gemeinschaftsrecht. Sie muß zwingend die Streichung der ausländerdiskriminierenden Bestimmungen im Recht der Mitgliedstaaten vorschreiben.

Besonders wichtig ist, daß die politischen Mitwirkungsrechte der Bürger auf der Grundlage des Gemeinschaftsrechts konkretisiert und erweitert werden. Hierzu gehören vor allem das aktive und passive Wahlrecht, beginnend für die kommunalen Körperschaften, sowie Zugang zu den öffentlichen Ämtern.

Die „EG-Charta der Bürgerrechte“ muß den Bürgern, die sich durch eine Entscheidung der Gemeinschaft in ihren Menschenrechten oder Grundrechten verletzt fühlen, das Recht der Individualbeschwerde zum Europäischen Gerichtshof einräumen.

Für die Gemeinschaftsbürger muß ein Petitionsrecht zum Europäischen Parlament geschaffen werden.

V. 2 Bürgerrecht auf Kultur und Bildung

Wir Sozialdemokraten erstreben eine Gesellschaft, die es allen Menschen ermöglicht, an einem lebendigen, vielfältigen, demokratische von den Staatsgewalten unreglementierten und durch öffentliche Mittel geförderten Kulturleben teilzuhaben. Das Verständnis für Kunst und Kultur der europäischen Nachbarn ist zu fördern, weil es den Willen zur europäischen Einigung stärkt. Eine kulturelle europäische Identität kann nur in einer demokratischen und sozialen Durchdringung des kulturellen Erbes gefunden werden. Dabei wird auch an die kulturelle Tradition der Arbeiterbewegung anzuknüpfen sein.

Wir wollen eine kulturelle Demokratie, die das Bürgerrecht eines Jeden auf Kultur bejaht und - in Absage an elitär-kulturelles Denken - Handlungsstrategien entwickelt, die die Teilhabe an Kultur konkret ermöglichen. Im Unterschied zu den Konservativen treten wir deshalb für eine kulturelle Chancengleichheit ein. Daher wird die verstärkte Entwicklung von entsprechenden Angeboten gefördert.

Das Bürgerrecht auf Kultur schließt die Erhaltung der historisch gewachsenen Umwelt in unseren Kulturlandschaften ein.

Das Bürgerrecht auf Bildung muss der bestimmende Grundsatz in den einzelnen Bildungssystemen der Mitgliedsstaaten sein. An ihm sind auch die Bildungsangebote ^{für} ausländischer Mitbürger zu messen. Dabei geht es nicht nur um formale Chancengleichheit beim Start, sondern besonders um konkrete Hilfe zum ständigen Ausgleich vorgegebener Benachteiligungen. Die Schule muss so gestaltet werden, dass sie den einzelnen befähigt, den späteren Anforderungen in Beruf, Familie und Gesellschaft zu entsprechen. Für die europäische Verständigung ist das Erlernen von Fremdsprachen wichtig und muss daher gefördert werden. Die europäische Jugendarbeit ist forzuentwickeln.

An allen Schulen, auch Berufsschulen und Schulen für Erwachsenenbildung ist im Rahmen des Unterrichts das Thema "Europa" ausreichend zu behandeln, um somit eine verständnis- und integrationsfördernde Bildungspolitik übernational zu gewährleisten.

Die Berufs- und Ausbildungswege sind abzustimmen, die Schul-, Hochschul- und Ausbildungsabschlüsse gegenseitig anzuerkennen.

Die soziale Absicherung von Schulbesuch und Studium muss in allen EG-Ländern verbessert werden.

✓
Eine europäisch abgestimmte Medienpolitik muss auf der Grundlage der Prinzipien öffentlich-rechtlicher Rundfunk- und Fernsehorganisation einschliesslich des Satellitenfernsehens entwickelt werden. Dazu gehört das tägliche Angebot von Euro-Programmen.

V. 3 Partnerschaft mit den Religionsgemeinschaften

Ein offenes pluralistisches Europa setzt voraus, daß die Würde des Menschen auch im Andersdenkenden und Andersgläubigen geachtet wird. Deshalb sind die Freiheit des Denkens, des Glaubens und die Freiheit der Verkündigung der Religionsgemeinschaften in einem zusammenwachsenden Europa ein unverzichtbarer Teil der europäischen Identität.

In einer freien Partnerschaft sieht die SPD die Religionsgemeinschaften auch als Mitgestalter der europäischen Zukunft. Freie Partnerschaft bedeutet uns vor allem Zusammenwirken in den Grundfragen des Lebens, der Gerechtigkeit. Sie ist etwas grundsätzlich anderes als die Wiederbelebung der Ideologie des christlichen Abendlandes für parteipolitische Zwecke.

Die Grundorientierungen der europäischen Humanität werden mitgeprägt von den Werten des Christentums. Deshalb sind die Ermahnungen der Kirchen zu Frieden und Versöhnung, ihre Stimme gegen soziale Ungerechtigkeiten, ihre Kritik am krassen materiellen Egoismus auch wichtige Aussagen für den Weg Europas. Wir betrachten ihre Aufforderung, die in den letzten Jahren begonnene Friedenspolitik fortzusetzen und in diese Politik die Zusammenarbeit mit den Völkern Osteuropas einzuschließen als ein Zeichen der Ermutigung.

Europa ist auf der Suche nach Zukunftsperspektiven. Beim Engagement gegen Unterdrückung, gegen Hunger und Elend helfen das Wort und die Tat der Kirchen.

44

V. 4 Mehr Rechte für das Europäische Parlament

Der Einigungsprozeß und die Demokratisierung hat sich langsamer vollzogen, als bei der Gründung der Gemeinschaft erwartet wurde.

Die SPD erstrebt den Ausbau des europäischen Einigungswerkes und die Demokratisierung seiner Institutionen, auch wenn die weitere Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft nur unter Achtung der eigenständigen Positionen der Länder und Parteien möglich ist.

Ein stärkeres Europäisches Parlament ist die Voraussetzung für ein demokratisches Europa. Als erster Schritt zur Demokratisierung ist die Direktwahl des Europäischen Parlaments unabdingbar. Mit dieser Direktwahl verbinden wir Sozialdemokraten die Forderung nach mehr Rechten für das Europäische Parlament: Das Parlament muß insbesondere das Recht erhalten, die Ausführung aller Gemeinschaftsrechtsakte und die Politik der EG-Kommission zu kontrollieren. Ihm muß über das bestehende Recht, den Haushalt als ganzen abzulehnen, ein Abänderungsrecht für alle Einzelpositionen des Haushalts zuerkannt werden.

Das Parlament muß das Recht der Gesetzesinitiative und der Gesetzgebung erhalten; es muß die Mitglieder der Kommission auf Vorschlag des Rates einsetzen und ihnen das Mißtrauen aussprechen können.

Alle Vertragserweiterungen bedürfen der Zustimmung des Parlaments.

Wir Sozialdemokraten fordern, daß die Stellung des Parlaments gegenüber dem Rat gestärkt wird. Gleichzeitig soll der Rat zum vertraglich vorgesehenen Prinzip der Mehrheitsentscheidungen zurückkehren. Einzelheiten der Rechtsetzung, die nicht Grundsatzfragen darstellen, sollen an die Kommission zur Entscheidung delegiert werden.

- 40 -

Der Europäische Rechnungshof muß das Parlament bei der Kontrolle der Ausführung des EG-Haushalts unterstützen und hierüber berichten. Ihm obliegt die Prüfung der Haushaltsausführung nach den Gesichtspunkten von Richtigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit.

5 V.8 Der Schutz des Bürgers in der Gemeinschaft

Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft erfordern die Schaffung eines Europäischen Rechtsraums. Der Gemeinschaftsbürger muß erwarten können, in den Fragen, die sein tägliches Leben berühren, überall gleiche oder doch wenigstens annähernd gleiche Rechte vorzufinden. Dies gilt insbesondere für das Arbeits- und Sozialrecht. Europäische Regelungen zur Bekämpfung des Verbrechens, insbesondere des Terrorismus, sind ein wichtiger Schritt. Sie reichen jedoch nicht aus, um den Europäischen Rechtsraum auszufüllen, der den Bürgern der Gemeinschaft auf allen Gebieten mehr Rechtsgleichheit und Rechtssicherheit geben soll.

Besonders wichtig ist der Ausbau der Rechte des Verbrauchers. Hierzu gehört die Schaffung von Rechtsberatungsstellen, die Vereinfachung der Verfahren, die Zulassung von Kollektivklagen. Ein Hauptanliegen des Verbraucherschutzes ist der Ausbau der Produzentenhaftung. Sie muß eine vom Verschulden unabhängige Haftung für Personen- und Sachschäden einführen. Haftungsbegrenzungen sollen ausgeschlossen werden.

Datenschutz kann national nicht mehr garantiert werden. Deshalb fordern wir ein europäisches Datenschutzrecht, das den Gemeinschaftsbürger vor Datenmißbrauch schützt.

Der Wirtschafts- und Sozialausschuß wird so weiterentwickelt, daß er wirtschafts- und strukturpolitische Aufgaben übernehmen kann. Er muß sich paritätisch aus Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammensetzen.

Der Europäische Gerichtshof hat über die Einhaltung und Entwicklung des europäischen Rechts in seiner Gesamtheit zu wachen. Er trägt wesentlich zur Rechtsvereinheitlichung auf der Grundlage bestehenden Gemeinschaftsrechts bei.

6 V.9 Auf dem Weg zur europäischen Föderation eine stärkere Beteiligung der Bürger

Seit Gründung der Europäischen Gemeinschaften verwalten große Bürokratien den wirtschaftlichen Einigungsprozeß. Europäische Entscheidungen können vom Bürger nicht durchschaut werden und sind für ihn meist unverständlich.

Unter einem Europa der Bürger verstehen wir Sozialdemokraten eine Mitwirkung der Gemeinschaftsbürger, die über den Wahlakt zum Europäischen Parlament hinausgeht.

Wir setzen uns für eine europäische Föderation mit demokratischer Verfassung ein. Sie ist der geeignete politische Rahmen für die Selbstbestimmung der europäischen Völker und ihrer Bürger.

VI. Europa als Friedensmacht

Ziel der Arbeit der Sozialdemokraten in der EG ist die Sicherung des Friedens. Gesellschaftlicher Fortschritt in Freiheit und Eigenverantwortung nach innen und nach außen sind für uns nur denkbar, wenn uns der Frieden erhalten bleibt. Wir wollen dazu unseren Beitrag leisten und unterstützen deshalb die Entspannungspolitik zwischen Ost und West.

Die Auseinandersetzung zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern verlangt die Einbeziehung des Nord-Süd-Problems in ein weltweites Konzept der Entspannungspolitik.

Die Sozialdemokraten streben eine sozial gerechte Gesellschaftsordnung in der Europäischen Gemeinschaft und eine stabile Friedensordnung in Gesamteuropa an.

VI.1 Für eine kriegsverhütende und friedenssichernde Politik

Der organisierte Friede ist Europa bis heute versagt geblieben; denn die bloße Abwesenheit von Krieg ist noch nicht der gesicherte Friede. Wir bejahen eine bewußt kriegsverhütende und aktiv friedenssichernde Politik. Wir wollen Entspannungspolitik zwischen den Blöcken. Die Periode der Konfrontation muß endgültig abgelöst werden von einer Periode der Kooperation, weil in den Beziehungen der Völker und der Staaten die Erhaltung des Friedens das höchste Ziel und der dominierende Wert sein müssen. Zusammenarbeit auf allen Ebenen, Kontakte und kultureller Austausch, freundschaftliche Beziehungen und Freizügigkeit und die Erziehung zum Frieden, insbesondere der Jugend, werden nicht den Unterschied der politischen Systeme beseitigen, aber sie sind wichtige und unverzichtbare Elemente einer kriegsverhütenden Politik.

Europas Sicherheit, die Sicherheit der Bundesrepublik, besonders die Sicherheit Berlins sind immer noch gebunden an die Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichts. Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft können gegenüber dem Warschauer Pakt nur durch das Bündnis der Atlantischen Allianz ihre Sicherheitsinteressen gewährleisten. Es ist gegenwärtig kein Zeitpunkt vorauszusagen, zu dem sich dies ändern kann. Die politischen wie die militärischen Faktoren sprechen dagegen.

Die Sicherheit der europäischen Staaten vollzieht sich in der engen Zusammenarbeit der Atlantischen Allianz, aber das langfristige Ziel bleibt die Überwindung der Blöcke, die Organisation des Friedens, d. h. die schrittweise Abrüstung, die Truppenverminderung in Europa, die Vertiefung der mit den Beschlüssen von Helsinki eingeleiteten Entwicklung, insbesondere der Sicherheitsmaßnahmen.

Der Einsatz nuklearer Waffen, ob strategischer oder taktischer Art auf dem europäischen Kontinent wäre für alle Völker eine Katastrophe.

Ein völkerrechtliches Verbot der Produktion von Massenvernichtungswaffen ist anzustreben.

Mit besonderem Nachdruck setzen wir uns deshalb dafür ein, die Rüstungskontrollverhandlungen auch auf den Bereich solcher nuklearer Waffensysteme oder ihrer Entwicklung auszudehnen, die bisher weder bei SALT noch MBFR einbezogen sind. Vor der Entscheidung über

- 4 2 -

die Einführung qualitativ neuer Waffensysteme ist insbesondere darauf zu achten, daß deren Auswirkungen die Rüstungskontrollverhandlungen nicht behindern. Vielmehr müssen auch sie in die Rüstungskontrollvereinbarungen einbezogen werden.

In der Sicherheitspolitik müssen die nachfolgenden Faktoren und Probleme besonders beachtet werden:

Abrüstung, Rüstungsbegrenzung, Rüstungskontrolle, gleichwertiger Abbau der großen militärischen Zerstörungskräfte sind für den Fortgang der Entspannung von entscheidender Bedeutung.

So, wie es notwendig ist, daß alle Staaten der Gemeinschaft ihren Beitrag für die Sicherheit Europas leisten, müssen auch alle Schritte der Entspannung und Abrüstung vollzogen werden. Dies allein ist eine tragfähige Grundlage für die laufenden Abrüstungsverhandlungen.

Die Verhandlungen über die KSZE-Schlußakte von Helsinki haben gezeigt, daß es richtig ist, die sich als neutral oder blockfrei verstehenden Staaten Europas in die Entspannungspolitik einzubeziehen. Die Unversehrtheit und Bündnisfreiheit dieser Staaten ist eine wichtige Voraussetzung für das politische und militärische Gleichgewicht in Europa.

Bisher hat die politische Entspannung den Rüstungswettkampf nicht zu stoppen vermocht. Sie muß daher in der gegenwärtigen Phase durch Fortschritte in der militärischen Entspannung, d. h. bei Abrüstung und Rüstungskontrolle abgesichert und vorangetrieben werden. Im einzelnen bedeutet dies: aktive Mitarbeit an den Wiener Truppenabbau-Gesprächen (MBFR) mit dem Ziel, aus der Expertenphase endlich in die Phase politischer Verhandlungen und Entscheidungen einzutreten;

langfristig Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems, das auf einer allmählichen, gleichwertigen Truppenreduzierung, Abrüstungsmaßnahmen und auf der Errichtung gesamteuropäischer politischer Organe für die Konfliktlösung (z. B. Abrüstungsstelle) beruht;

den Versuch, die in die Sackgasse geratenen Abrüstungsbemühungen auf der Ebene der Vereinten Nationen wieder in Gang zu bringen.

Die militärische Entspannung verlangt insbesondere von den Westeuropäern Initiativen, um ein Blockieren der Verhandlungen durch militärische Interessen zu verhindern. Eine erfolgreiche Entspannungspolitik setzt die aktive und koordinierte Beteiligung aller Westeuropäer voraus.

Der Vorrang der Politik gegenüber dem Militär und der Rüstungsindustrie muß nicht nur auf der nationalen, sondern auch vor allem auf der europäischen Ebene hergestellt werden.

Konflikte der an das Mittelmeer angrenzenden Staaten können den Frieden in Europa gefährden. Auch wenn vor diesen Konflikten vor allem Staaten Nordafrikas und Asiens im Nahen Osten unmittelbar und stärker betroffen sind, muß es das Ziel der Gemeinschaft sein, eine Mittelmeerpolitik auszuarbeiten und einen Beitrag für eine dauernde Friedensregelung im Mittelmeerraum und im Nahen Osten zu leisten. Staaten, die als neue Mitglieder den Weg in die Europäische Gemeinschaft suchen, müssen sich verpflichten, ihre Konflikte friedlich auszutragen.

Zusätzliches Kapitel:

VI. 2

Die deutsche Frage und Europa

Als Modell eines Zusammenschlusses gleichberechtigter Staaten, die nicht von einer Vormacht beherrscht werden, kommt der Europäischen Gemeinschaft eine wichtige Rolle bei der längerfristig anzustrebenden Überwindung der Spaltung Europas in zwei Blöcke zu. Nur im Rahmen

dieses Prozesses wird sich auch die Teilung Deutschlands und damit die Teilung Berlins überwinden lassen. Diese Politik, die in den ersten gesamteuropäischen Vereinbarungen der Schlußakte von Helsinki ihren Ausdruck gefunden hat, ist daher auch für den Auftrag des Grundgesetzes, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden, ohne Alternative.

3

VI.2 Die KSZE-Schlußakte ist für die Friedenspolitik eine unverzichtbare Plattform

Die Unterzeichnung der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki am 1. August 1975 war eines der wichtigsten Ergebnisse der Entspannungspolitik für ganz Europa. Diese Schlußakte ist der erste umfassende Kooperationsversuch zwischen Ost und West in Europa seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Sie enthält umfangreiche praktische Kooperationsvorhaben auf zahlreichen Gebieten. Insbesondere im wirtschaftlichen Bereich ergeben sich dadurch positive Ansätze für die Weiterentwicklung der Ostbeziehungen, insbesondere durch industrielle Kooperationen im Energiebereich, verstärkten Handelsaustausch und Zusammenarbeit in Wissenschaft, Technik, Umwelt und Verkehr. Eine Verbesserung der Beziehungen läßt sich aber aufgrund der KSZE-Schlußakte auch im humanitären Bereich erreichen. Dazu gehören Verwandtenbesuche, Familienzusammenführungen, Reisemöglichkeiten und die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten der Journalisten ebenso wie die Intensivierung der Beziehungen im Bereich der Kultur, der Wissenschaft und des Sports. Die Schlußakte von Helsinki muß als Ganzes gesehen und bei ihrer Verwirklichung als Ganzes behandelt werden.

Wir wollen uns bemühen, die Vorstellungen zur Zusammenarbeit, die in der KSZE-Schlußakte enthalten sind, in allen Aspekten, auf bilateraler und multilateraler Ebene, zu verwirklichen. Wir treten dafür ein, daß die Europäische Gemeinschaft im Rahmen der multilateralen Zusammenarbeit direkte Verbindungen mit dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe aufnimmt, um die Kontakte zwischen beiden Organisationen zu intensivieren.

Ziel der Entspannungspolitik muß sein, schrittweise einen Zustand herbeizuführen, in dem ein militärischer Angriff aus dem Stand unmöglich wird. Doch wird der Fortgang der Verhandlungen über Truppenabbau in Europa mit davon abhängen, ob es den Weltmächten gelingt, sich auf einen weiteren Vertrag über die Begrenzung strategischer Waffen zu einigen. Die Begrenzung der strategischen nuklearen Rüstung durch die USA und die Sowjetunion ist für Europa wichtig und ein notwendiger Bestandteil der Entspannungspolitik.

4

VI.3 Für Rüstungskontrollvereinbarungen und Begrenzung des Waffenexports

Es ist zu befürchten, daß eine neue Runde des Rüstens einsetzt, wenn die Gespräche und Verhandlungen über Abrüstungsmaßnahmen nicht zu konkreten Ergebnissen führen. Gewaltige materielle, finanzielle und technologische Mittel werden Jahr für Jahr für Waffen ausgegeben.

Würden diese Mittel auch nur teilweise zum Wohlergehen der Menschheit, insbesondere für die Länder der Dritten Welt, ausgegeben, könnten sie große Erleichterungen und Linderung von Not und Elend bringen.

Zu wirksamen globalen Rüstungskontrollvereinbarungen gehört, daß auch die Rüstungsexportströme vermindert und zum Stillstand gebracht werden.

Die deutschen Sozialdemokraten streben als ersten Schritt eine europäische Vereinbarung mit dem Ziel an, daß die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft Waffenexporte in Krisengebiete verbieten.

Es ist notwendig, durch weltweite Vereinbarungen eine Verlagerung der Innovationen zugunsten der Entwicklung nichtmilitärischer Technologien anzustreben. Für diese Innovationen bieten sich an:

1. Die Entwicklung neuer Technologien in den Industriegesellschaften, die zur Lösung von Beschäftigungsproblemen beitragen können.
2. Der Einsatz neuer Technologien zur Verminderung der Umweltgefährdung.
3. Der Beitrag der Industriegesellschaften zur technologischen Entwicklung der Dritten Welt.

Entspannung in der Welt und europäische Friedenspolitik verpflichten die Gemeinschaft gleichzeitig zur Entwicklung einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Für die Parteien des demokratischen Sozialismus, für die Arbeiterbewegung in Europa war Friedenspolitik seit über hundert Jahren eine wichtige Säule ihrer Programmatik. Deshalb setzen wir uns dafür ein, daß in keinem EG-Land Kriegsmaterial produziert und exportiert wird, um in Europa Beschäftigungsprobleme zu mildern. Insbesondere darf Waffenexport in die Dritte Welt kein Instrument der Vollbeschäftigungspolitik werden. Die Ausweitung und Verschärfung des Abkommens zur Nichtverbreitung von Atomwaffen zur Verhinderung der Verwendung ziviler nuklearer Kapazitäten für militärische Zwecke ist dabei von existentieller Bedeutung. Heute - unter den Bedingungen des nuklearen Zeitalters - ist bewußt gewollte Friedenspolitik eine Existenzfrage der Menschheit geworden.

VI. Europa als Gleichgewichtsfaktor in den internationalen Beziehungen

Als Folge der Politik des Faschismus und des von ihm entfesselten 2. Weltkrieges und der anschließenden Aufspaltung Europas in militärische und politische Blöcke ist für viele europäische Staaten und ihre Bürger die Möglichkeit der Selbstbestimmung über ihr Schicksal eingeschränkt.

Der europäische Einigungsprozeß gibt uns die Chance, in größerer Unabhängigkeit die Geschicke der Staaten Europas und ihrer inneren gesellschaftlichen Entwicklung zu bestimmen.

Vorrang haben für Sozialdemokraten der Ausbau der Freiheitsrechte, der Mitbestimmungs- und Selbstbestimmungsmöglichkeiten des einzelnen Menschen. Das durch Solidarität verbundene Handeln demokratischer Staaten nach außen soll aber auch dazu beitragen, gemeinsam ihre Abhängigkeit zu verringern und ein vereinigtes Europa zu einem friedensfördernden Faktor in der Welt zu entwickeln. Gleichzeitig werden neue Impulse gegeben durch die in ganz Europa ungerechte und undemokratische Macht- und Gesellschaftsstrukturen, die auf der Vorherrschaft zahlenmäßig kleiner Machtgruppen beruhen, beseitigt werden können.

Die Entwicklung einer „europäischen Politik“ darf sich nicht auf die Lösung innereuropäischer Probleme beschränken: sie muß auch die Möglichkeit bieten, die Außenbeziehungen der Gemeinschaft zu verbessern, vor allem:

- die Beziehungen zu den Großmächten USA, UdSSR und China;
- die Beziehungen zu den europäischen Ländern außerhalb der Europäischen Gemeinschaft;
- die Beziehungen zu den Staaten der Dritten Welt.

VI.2 Europas Beziehungen zu den Großmächten

Die besondere Rolle der Großmächte USA und Sowjetunion wird bestimmt durch ihre hochentwickelte Industrialisierung bei großer Bevölkerungszahl; durch reichliche Rohstoff- und Energiequellen; durch ihre Fähigkeit zur vollständigen Vernichtung des Gegners im Militärischen; durch ihre bedeutende Stellung im maritimen Bereich, durch ein beachtliches Engagement im konventionellen Waffenexport, der häufig für die eigenen Machtinteressen eingesetzt wird. Gleichzeitig sind die beiden Großmächte weniger abhängig vom Export von industriellen Gütern. Ihre institutionelle Stärke gegenüber der Europäischen Gemeinschaft wird durch zentrale politische Entscheidungszentren in Washington und Moskau unterstrichen. China erlangt in den internationalen Beziehungen wachsendes Gewicht.

Die Europäische Gemeinschaft muß sich demgegenüber als eigenständige souveräne politische Größe darstellen und behaupten. Europa wird in Zukunft in der Welt größere Verantwortung zu tragen haben.

VI.3 Europa als Partner der USA

Der Zusammenschluß der neun europäischen Staaten gibt uns die Chance, gegenüber Nordamerika ein noch stärkerer Partner zu werden.

Wir sind uns bewußt, daß die Vereinigten Staaten für die Entwicklung der Freiheitsrechte der Menschen wesentliche Anstöße für Europa gegeben haben.

Doch hat Europa vor allem im demokratischen Sozialismus und in der Arbeiterbewegung eine eigene Vorstellung der sozialen Demokratie und des Prinzips der sozialen Gerechtigkeit entwickelt.

Gegensätze in den Wirtschaftsinteressen werden durch die vorhandene wechselseitige Ergänzung in den Wirtschaftsbeziehungen gemildert.

Die Teilung Europas zwischen Ost und West hat eine dominierende Stellung der Vereinigten Staaten in Westeuropa zur Folge. Die Suche nach einer neuen europäischen Identität vollzieht sich nicht über eine Konfrontation mit den USA, sondern über die Zusammenarbeit auf gleichberechtigter Basis.

Die notwendige Entwicklung einer solchen Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten, bei der nicht nur bilaterale Probleme behandelt werden sollen, sondern mit der auch ein Beitrag zur Lösung der Probleme von Drittländern geleistet werden soll, setzt die gegenseitige Achtung der Souveränität voraus. Die Entwicklung einer europäischen Dimension, die durch die Direktwahlen zum Europäischen Parlament verstärkt wird, ist in dieser Hinsicht von erheblicher Bedeutung. Die Europäische Gemeinschaft muß die mit den Vereinigten Staaten begonnenen wirtschafts-, handels- und währungspolitischen Verhandlungen in diesem Sinne erneut aufgreifen und fortführen.

Um diese schwierigen Verhandlungen erfolgreich durchzustehen, muß die Gemeinschaft selbst ihre Haltung zum internationalen Währungssystem, zur neuen Weltwirtschaftsordnung und zum Nord-Süd-Dialog klar und deutlich festlegen.

VI.3 Die Beziehungen zu Osteuropa ausbauen

Der Ausbau der Beziehungen zur Sowjetunion und zu den osteuropäischen Ländern ist eine der großen Aufgaben einer Gemeinschaftspolitik, die sich am Ziel der Friedenssicherung und der Entspannung mit Europa orientiert.

Die europäische Einigung richtet sich nicht gegen Osteuropa. Für die Gemeinschaft ist die Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki ein entscheidendes Instrument, um die bilateralen und multilateralen Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten zu erweitern und zu vertiefen.

Das gilt auch für den Handel der Gemeinschaft mit diesen Staaten, der gegenwärtig nur einen sehr geringen Anteil ihrer internationalen Handelstätigkeit ausmacht. Die Gemeinschaft muß ihre Märkte entwickeln und insbesondere als aktiver Wettbewerber in diesem Bereich auftreten. Initiativen zur Begünstigung der Schaffung von gesamteuropäischen Institutionen müssen sorgfältig geprüft werden: Sie dürfen nicht als konkurrierende Instanzen zur Europäischen Gemeinschaft selbst konzipiert werden, sondern müssen im Gegenteil als ergänzende Möglichkeit zur Herstellung eines dauerhaften, ehrlichen und konstruktiven Dialogs mit den Staaten Osteuropas gesehen werden.

In besonderer Weise muß die europäische Gemeinschaft, aufbauend auf jahrhundertalten geschichtlichen Bindungen, die kulturellen Beziehungen zu den europäischen Völkern und Ländern im Osten neu aufnehmen und ausbauen. Hier verdient vor allem der Jugendaustausch, der das gegenseitige Verstehen für die Zukunft vorbereitet, die besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung der Gemeinschaft. In diesem Zusammenhang wollen wir auch ein gesamteuropäisches Jugendwerk anstreben.

9

VI. China und die Europäische Gemeinschaft

Die Europäische Gemeinschaft strebt mit der Volksrepublik China ein Verhältnis an, das dem Ausbau der Handelsbeziehungen und dem Frieden dient. Gute Beziehungen zur Volksrepublik China richten sich nicht gegen andere Staaten; vielmehr halten wir sie für notwendig, um die Chancen einer dauerhaften Friedensordnung zu verbessern.

10

VI. Die Europäische Gemeinschaft ist eine offene Gemeinschaft

Besonders wichtig ist es, daß die Europäische Gemeinschaft ihre Beziehungen zu den demokratischen Ländern Europas weiter entwickelt, die nicht EG-Mitglied sind. Die Arbeit des Europarats ergänzt die Zusammenarbeit der Gemeinschaft und wird daher von uns aktiv weiter gefördert.

Solidarität in der Außenpolitik der Europäischen Gemeinschaft muß sich bei der Antwort auf die Beitrittswünsche südeuropäischer Staaten ausweisen. Die Europäische Gemeinschaft darf keine Gemeinschaft der reicheren industrialisierten Länder Westeuropas unter Ausschluß der ökonomisch schwächeren Staaten Südeuropas bleiben wollen.

Die Europäische Gemeinschaft ist eine offene Gemeinschaft. Sie muß den Ländern im südlichen Teil unseres Kontinents, die sich nach langen Jahren aus der Diktatur gelöst haben, Hilfe und Beistand leisten, damit sie ihren Platz in einem demokratischen Europa einnehmen können.

Wir begrüßen die Wiederherstellung der Demokratie in Griechenland, Spanien und Portugal und unterstützen nachdrücklich den Beitritt dieser Länder zur Gemeinschaft.

Nach unserer Auffassung ist das demokratische Europa in hohem Maße mitverantwortlich für die Festigung der Demokratie in diesen Ländern. Es ist aufgerufen, den Beweis für seine Solidarität mit den Arbeitnehmern dieser Länder zu erbringen. Wir wissen, daß die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der beitragswilligen Länder angesichts der Beschaffenheit ihrer Erzeugnisse erforderlich machen, daß Bestimmungen und Fristen für angemessene Übergangszeiten vereinbart werden, um die legitimen Interessen aller Menschen sowohl innerhalb der Gemeinschaft als auch in Griechenland, Spanien und Portugal

zu wahren. Die Erweiterung der Gemeinschaft muß zu einer Quelle neuer Stärke und Dynamik für Europa werden.

Wir setzen uns dafür ein, daß durch ein „Solidaritätsprogramm“ der Gemeinschaft für Südeuropa ein aktiver Beitrag zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung in den südeuropäischen Ländern geleistet wird.

Im übrigen muß die Gemeinschaft ihre politischen Beziehungen, insbesondere ihren Handel in allen Bereichen intensivieren, um so ihre Verbindungen zu den neutralen Ländern und zu den übrigen Staaten Europas, die der Gemeinschaft noch nicht angehören, ständig weiter zu entwickeln und zu verbessern.

Dabei respektieren wir die Entscheidung skandinavischer, zentral- und südosteuropäischer Staaten, den Bündnissystemen nicht anzugehören.

11

VI. Die europäische politische Zusammenarbeit hat sich bewährt

Trotz einiger Schwierigkeiten während der Krise im Jahre 1973 war der politischen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten Erfolg beschieden, insbesondere durch ihr gemeinsames Auftreten in den Vereinten Nationen und im Nahost-Konflikt. Diese Zusammenarbeit muß verstärkt werden, damit Europa bei der Suche nach friedlichen Lösungen an den Krisenherden, insbesondere im Mittleren Osten und im östlichen Mittelmeer, eine nützliche Rolle spielen kann.

Daher ist die Entwicklung einer europäischen Linie in der Weltpolitik durch die EG-Mitgliedstaaten ein wichtiges Ziel, das besseren Zusammenhalt und dadurch Europas Unabhängigkeit gewährleisten kann. Uns verpflichten hierbei die Grundsätze des demokratischen Sozialismus. Wir lehnen jeglichen Imperialismus und Totalitarismus ab.

VII. Europa als Solidaritätspartner für die Dritte Welt

Sozialdemokratische Entwicklungspolitik geht von den Grundwerten und Grundforderungen des Godesberger Programms aus, in dem es heißt: „Alle Völker müssen die gleiche Chance haben, am Wohlstand der Welt teilzunehmen. Entwicklungsländer haben Anspruch auf die Solidarität der anderen Völker.“

Sozialdemokratische Entwicklungspolitik hat die weltweite Verwirklichung der Menschenrechte zum Ziel. Das erfordert die Solidarität mit den Entwicklungsländern und die Errichtung einer gerechten internationalen Wirtschafts- und Sozialordnung.

In der Sicht der Sozialdemokraten stellen die Beziehungen zu den Entwicklungsländern die wichtigste Herausforderung der nächsten Zukunft dar. Die tiefe Kluft, die zwischen den reichen Ländern und den Entwicklungsländern in bezug auf Wohlstand, Wissen und Macht besteht, sowie die krasse Ungleichheit von Reich und Arm in der Mehrzahl dieser Länder fordern eine Politik, die dazu beiträgt, diese Kluft zu verringern.

Die menschenunwürdigen Lebensbedingungen in vielen Entwicklungsländern, die wachsenden Nord-Süd-Spannungen und die zunehmende internationale Arbeitsteilung erfordern eine intensivere, quantitativ und qualitativ bessere Entwicklungspolitik. Partnerschaftliche Zusammenarbeit soll diese Länder aus der Position von Hilfeempfängern herausführen. Nur ein Europa, das sich mit den Armen in der Welt solidarisch erklärt, kann einen echten Beitrag zum Frieden leisten.

Mittel- und langfristig werden die reichen Länder ein langsames Ansteigen ihres Wohlstandes akzeptieren müssen, um den Nord-Süd-Konflikt zu bewältigen.

Eine derartige Politik kann im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft in folgender Weise gefördert werden:

In erster Linie dadurch, daß die Gemeinschaft in dem intensiven internationalen Dialog zwischen armen und reichen Ländern eine gemeinsame fortschrittliche Position bezieht. Die Erfahrung zeigt, daß in den Fällen, in denen der Gemeinschaft ein Durchbruch gelingt, es für reiche Länder wie die Vereinigten Staaten und Japan schwierig ist, nicht mitzuziehen.

In zweiter Linie kann die Gemeinschaft durch ihre eigene Politik die Position der Entwicklungsländer verbessern, wobei nicht allein an die klassische Politik der Zusammenarbeit in Entwicklungsfregeen, sondern auch an die Außenhandelspolitik und an die Agrarpolitik zu denken ist. Notwendig ist eine Strukturplanung in der EG, bei der die Bedürfnisse der Entwicklungsländer berücksichtigt werden. Diese Maßnahmen der Strukturplanung müssen im Rahmen der EG rechtzeitig eingeleitet werden. Dabei sind sowohl die Bedürfnisse der Entwicklungsländer als auch der europäischen Arbeitnehmer in angemessener Weise zu berücksichtigen.

Die Bemühungen der einzelnen Gemeinschaftsländer um Zusammenarbeit in der Entwicklungspolitik müssen beträchtlich verstärkt werden, insbesondere in den Ländern, in denen die Gesamthöhe der offiziellen Entwicklungshilfe hinter der der anderen zurückbleibt, und diese Bemühungen sollten durch Konsultations- und Koordinationsverfahren sowie durch Harmonisierung, Vermeidung sinnloser Überschneidungen und Widersprüche und Beseitigung von Mängeln wirkungsvoller gestaltet werden.

VII.1 Ziele unserer Solidaritätspolitik

Die Gemeinschaft muß eine Politik verfolgen mit dem Ziel, die Entwicklungsländer schrittweise in die Lage zu versetzen, ihre Probleme aus eigener Kraft zu lösen. Dabei muß vor allem eine gerechtere Verteilung von Wohlstand, Wissen und Macht in diesen Ländern angestrebt werden.

Die Sozialdemokraten treten für die Einhaltung der elementaren Menschenrechte als unverzichtbare gemeinsame Basis in der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern ein. Die Wehrung der Integrität von Leib und Leben ist die minimale Voraussetzung für das freiwillige Zusammenleben von Menschen in einem Staat und muß auch als Grundvoraussetzung für das friedliche Zusammenleben der Völker angesehen werden. Die derzeitige Lebenssituation der Bevölkerung in vielen Entwicklungsländern erfordert von der Europäischen Gemeinschaft eine Politik, die zur Stärkung der demokratischen Kräfte in diesen Staaten führt. Sie muß sich weiterhin gegen jede Art der Diskriminierung von Rassen oder Minderheiten wenden. Dazu gehört vor allem, daß sie dazu beiträgt, die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Südafrika und Rhodesien entsprechend dem Willen der Bevölkerungsmehrheit zu gestalten. Dies ist nur möglich durch die Einführung eines allgemeinen und für alle gleichen Wahlrechts.

Darüber hinaus ist im Rahmen der EG einheitlich anzustreben, für Exporte keine Ausfuhrbürgschaften mehr zu übernehmen. Ferner sind die Investitionsschutzabkommen aufzukündigen. Sollten auch diese Maßnahmen keinen Wandel der Politik bewirken, sind weitergehende Maßnahmen, wie z.B. die eines Wirtschaftsboykotts, zu ergreifen.

Alle Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den Ländern der Dritten Welt sollten sich auf Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichheit stützen, und die Gemeinschaft sollte die Grundsätze, die hinter der Forderung nach einer neuen Wirtschaftsordnung stehen, direkt unterstützen.

Da das Entwicklungsproblem ein weltweites Problem ist, muß die Entwicklungskooperation der Gemeinschaft zunehmend in weltweitem Maßstab betrieben werden, in erster Linie durch die Hilfe für die ärmsten und am wenigsten entwickelten Länder.

Die strukturellen Aspekte des Entwicklungsproblems erfordern, daß die Gemeinschaft nicht nur eine Politik der Entwicklungshilfe betreibt. Auch die übrigen Bereiche der Politik, die für die Entwicklungsländer von Bedeutung sind, müssen in die Entwicklungskooperation mit einbezogen werden.

Neben einer auf lange Sicht angelegten strukturellen Verbesserung der Position der Entwicklungsländer bleiben gezielte Maßnahmen zur Beseitigung von Hunger und elementarer materieller Not vordringliche Politik der Gemeinschaft.



VII.2 Instrumente der Solidaritätspolitik

Das System der allgemeinen Präferenzen, durch das die Entwicklungsländer bei der Ausfuhr in die Gemeinschaft Zollpräferenz genießen, wird erheblich erweitert und vereinfacht. Die heute in dem System noch bestehenden Einschränkungen und Ausnahmen, die zum Schutz der Industrie der Gemeinschaft gedacht sind, müssen schrittweise abgebaut werden. Neue Regelungen müssen vor allem den ärmsten Ländern helfen.

Das Ziel sollte darin bestehen, alle Zölle und Handelsschranken über einen angemessenen Zeitraum allmählich abzubauen. Die damit verbundenen Arbeitsplatz- und Strukturprobleme müssen durch abgestimmte industrie-, regional- und sozialpolitische Maßnahmen bewältigt werden.

Die Gemeinschaft ist bereit, an der Durchführung des integrierten Grundstoffprogramms der UNCTAD IV und an der Errichtung eines gemeinsamen Fonds mitzuwirken. Bei der Ausarbeitung des Grundstoffprogramms gibt die Gemeinschaft einer Exporterlösstabilisierung den Vorzug vor einer Preisgarantie für Grundstoffe.

Die Gemeinschaft setzt sich für das Zustandekommen eines neuen Seerechts ein, wobei auch die Entwicklungsländer in gerechter Weise an der Verfügung über die internationalen Meeresbodenschätze und an den Erlösen aus ihrer Nutzung zu beteiligen sind.

Die Gemeinschaft sichert zu, daß ihre öffentliche Hilfe in absehbarer Zeit das international akzeptierte Ziel von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erreichen wird. Diese Zusage verpflichtet insbesondere die reicheren Mitgliedstaaten der EG. Die Gemeinschaft wird aber auch an die Staaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe appellieren, sich ebenfalls aktiver als bisher an friedlicher Entwicklungshilfe zu beteiligen.

Die Gemeinschaft arbeitet auf der Grundlage der Resolution der UNCTAD-Ministerkonferenz über die Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer vom 10. März 1978 an einer Regelung zur Lösung des Problems der Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer mit, die ausdrücklich den wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsstand berücksichtigt und sich nicht auf reine Leistungsbilanzaspekte beschränkt.

Bei den Verhandlungen zur Verlängerung des Abkommens von Lomé strebt die Gemeinschaft nicht nur eine quantitative Ausweitung, sondern auch eine qualitative Verbesserung an. Wichtige Ziele sind die Verstärkung der Zusammenarbeit im industriellen Bereich und die weitere Erleichterung des Zugangs der AKP-Staaten zu den Märkten in der Gemeinschaft.

Die Gemeinschaft verstärkt ihre finanzielle und technische Hilfe an nicht assoziierte Entwicklungsländer.

Die Bedingungen für die Gewährung der Gemeinschaftshilfe werden nach Entwicklungsstand der einzelnen Entwicklungsländer differenziert. Gemeinschaftliche und bilaterale Entwicklungspolitik der Mitgliedstaaten müssen aufeinander abgestimmt werden. Im Rahmen der finanziellen Hilfe sollen insbesondere die ärmsten Entwicklungsländer vorwiegend Zuschüsse erhalten.

Die Gemeinschaft wird die Lieferbindung schrittweise bis zur vollständigen Aufhebung abbauen.

Aus der Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Kräften in den Ländern der Dritten Welt können sich wichtige Anstöße für notwendige Reformen ergeben. Wichtig ist, daß dabei auch Zugang zu benachteiligten Bevölkerungsschichten gefunden wird. Die Gemeinschaft soll diese Zusammenarbeit nachhaltig und unbürokratisch unterstützen.

Die Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft muß sich an den Interessen der Entwicklungsländer orientieren. Insbesondere muß verhindert werden, daß die Weitergabe der Agrarüberschüsse zu Konkurrenzsituationen gegenüber den einheimischen Produzenten in den Entwicklungsländern führt und somit deren eigene Landwirtschaft schwächt.

Die Verteilung notwendiger Nahrungsmittel sollte verstärkt über das Welternährungsprogramm erfolgen. Durch flankierende Finanzhilfen zur Verbesserung der Lagerungs- und Verteilungsbedingungen kann die Nahrungsmittelhilfe wirksamer werden.

Alle Hilfe der Industrieländer an die Entwicklungsländer muß Hilfe zur Selbsthilfe sein. Die von den Entwicklungsländern geforderte gerechtere Verteilung des Wohlstands in weltweitem Rahmen sollte durch grundlegende innere Reformen der Entwicklungsländer unterstützt werden. Wegen der zentralen Bedeutung der Landwirtschaft in den

Entwicklungsländern für Beschäftigung, Ernährung und Einkommen ist die konsequente Durchführung von Landreformen besonders geeignet, das Wohlstandsgefälle in den Entwicklungsländern abzubauen. Auch auf anderen Gebieten sind stärkere eigene Anstrengungen der meisten Entwicklungsländer erforderlich, um die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen.

Es kann nicht Ziel einer europäischen Entwicklungspolitik sein, das Waffenpotential in der Dritten Welt zu verstärken, während gleichzeitig für Europa Abrüstung angestrebt wird. Dem Sicherheitsbedürfnis der Entwicklungsländer ist durch ein umfassendes System von Sicherheitsgarantien Rechnung zu tragen.

Grundprinzipien der Zusammenarbeit zwischen Europa und den Entwicklungsländern sind für uns:

die Verpflichtung der Gemeinschaft, für einen umfassenden Fortschritt der Entwicklungsländer zu wirken;

die volle Anerkennung der Unabhängigkeit der Entwicklungsländer und ihr Recht auf Freiheit ohne jegliche politische oder wirtschaftlich motivierte Intervention;

größerer Nutzen für die Entwicklungsländer durch die Handelsbeziehungen;

wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit im beiderseitigen Interesse;

Unterstützung der Entwicklungsländer bei ihren Bemühungen, nationale Kulturgüter zu erhalten sowie

Abschluß eines ~~Ab~~ereinkommens für gemeinsame Maßnahmen, um weltweit zu wirksamen und gerechten Regeln für das Währungssystem und den Handel zu gelangen.

VIII. Die Frage nach der Zukunft

Die Welt und unser Leben werden tiefgreifend verändert. Es gibt sichere Anzeichen dafür, daß in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts die Beziehungen zwischen den Staaten der Welt und die Lebensbedingungen des einzelnen sich tiefgreifender verändern werden als durch die beiden Weltkriege. Die Prozesse der Veränderung werden neuartig sein und sind mit den bisherigen Maßstäben der Politik nur schwer oder überhaupt nicht zu erfassen.

Die hochentwickelten Industriegesellschaften des nördlichen Erdgürtels stehen inmitten tiefgreifender wirtschaftlicher und sozialer Strukturveränderungen. Sie stehen vor allem vor der Frage nach dem Sinn des Wachstums, die verbunden sein wird mit Verteilungs- und Herrschaftskrisen. Die Verdoppelung der Menschheit auf acht Milliarden in einem Lebensalter vollzieht sich vor allem auf der südlichen Halbkugel, in den armen Ländern der Welt. Damit steht die Welt vor bisher unvorstellbaren Spannungen. Die Verhinderung von Kriegen und die Entfaltung einer humanen Gesellschaftsordnung sind deshalb unser höchster Auftrag.

In den Wohlstandsländern Europas erkennen wir die Gefahr, daß Arroganz der Macht, politische Blindheit, private Begierden und alte Privilegien zu einem hart verkrusteten Egoismus zusammenwachsen, der den notwendigen Bewußtseinswandel verhindert. Mit den Bewußtseinsstrukturen und Denkschablonen der gegenwärtigen Industrie- und Konsumgesellschaft werden wir die Zukunft nicht meistern. Wir müssen das Prinzip des rigorosen Egoismus überwinden. In der Solidarität einer Gesellschaft, in der der einzelne auch für das Gemeinwohl denkt und auf den Mitmenschen achtet, könnte es uns gelingen, Freiheit und Gerechtigkeit zu behaupten und fortzuentwickeln. Hier müssen Sozialdemokraten wirken; nur ihr tätiges Beispiel wird überzeugen.

Kein Staat kann für sich allein die Zukunftsfrage lösen. Noch niemals zuvor war unser Schicksal so eng mit dem anderer Völker verknüpft. Nur durch ihr Zusammenwirken wird es den Europäern in Zukunft möglich sein, die Werte europäischer Humanität zu behaupten. Die geistige Herausforderung Europas durch die Zukunftsfrage muß vom neuen Europäischen Parlament angenommen werden.

Die Sozialdemokraten werden im Europäischen Parlament fordern, daß die Kommission dem Ministerrat und dem Parlament regelmäßig einen Bericht zur Zukunftsfrage vorlegt. Dieser Bericht soll von der Bundesregierung auch dem Deutschen Bundestag und über den Bundesrat den Länderparlamenten zugeleitet werden. Die geistige Herausforderung, die die Zukunftsfrage für alle Europäer bedeutet, würde über alle Parlamente zum öffentlichen europäischen Dialog hinführen und zu einer notwendigen neuen Bewußtseinsbildung beitragen.

Der Europäische Bericht zur Zukunftsfrage soll sich vor allem folgenden Problemen zuwenden:

Möglichkeiten zur Konfliktverhütung und Konfliktüberwindung in den internationalen Beziehungen. Dazu gehören u. a. die notwendige Kontrolle der anonymen Gewalt neuer Bürokratien, internationale Kontrolle und Abbau des Waffenexports; eine internationale Antifolterkonvention mit völkerrechtlicher Bindung und internationale Sanktionen gegen Verstöße zum Schutze der Gefangenen; internationale Achtung des Terrors und der Geiselnahme. Die ideologischen Konflikte dürfen nicht die Toleranz und die Möglichkeiten einer offenen geistigen Auseinandersetzung ersticken.

Im Bericht zur Zukunftsfrage hat der ökologische Konflikt vorrangige Bedeutung. Der Zusammenhang zwischen Wachstum, Vollbeschäfti-

gung, Sicherung der Ressourcen und eines wirksamen Umweltschutzes bis hin zu neuen Lebensformen muß dargestellt werden. Gerade in der Europäischen Gemeinschaft ist es dabei notwendig, die Unabhängigkeit der Forschung von ökonomischen Unternehmungen und überlieferten Ordnungsbildern zu garantieren. Die Grundlagenforschung und nicht nur die Auftragsforschung muß ausreichende Möglichkeiten erhalten, die europäische Öffentlichkeit zu informieren.

Die Wachstumsfrage muß als die zentrale Frage unserer Industriegesellschaft und des Nord-Süd-Problems begriffen und behandelt werden. Die Wachstumsfrage berührt nicht nur die Wirtschaft, sondern unsere ganze Lebensordnung und fordert besondere soziale Verantwortung heraus.

Wir müssen in wenigen Jahrzehnten, die für vernünftige Lösungen bleiben, das zügellose Wachstum durch vernünftiges und humanes Wachstum ersetzen. In diesen Wandel kann die bloße Wettbewerbs- und Gewinngesellschaft nicht der vorrangige Maßstab der wirtschaftlichen Ordnungspolitik sein.

Sinnvolles und humanes Wachstum wird nur möglich sein, wenn sich die europäischen Regierungen durch nationale Entwicklungspläne über die Begrenzung unerwünschter Investitionen verständigen. Es ist die Aufgabe der Europäischen Gemeinschaft, nationale Entwicklungspläne zu fördern und auf europäischer Ebene zu koordinieren.

Der Bericht über die Zukunftsfrage soll deshalb Konzepte, Chancen und Risiken eines „Gemischten Wirtschaftssystems“ im nationalen und internationalen Rahmen aufzeigen.

Die Zukunft der Demokratie in Europa ist gebunden an die Mitarbeit der jungen Generation. Viele junge Menschen in Europa haben Zweifel an der Zukunft. Der Bericht zur Zukunftsfrage muß sich mit den Berufschancen der Jugendlichen befassen. Die Sozialdemokraten werden sich im Europäischen Parlament dafür einsetzen, ein europäisches Jugendprogramm zu erarbeiten.

IX. Gegen konservative Restauration – für soziale Demokratie

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird im Europäischen Parlament, ausgehend vom Godesberger Programm, dem Orientierungsrahmen '85 und ihrem Europa-Programm, ihren Beitrag zur Stärkung der Parteien des demokratischen Sozialismus und damit zugunsten einer Politik mit dem Ziel der Verwirklichung der sozialen Demokratie in der Europäischen Gemeinschaft leisten. Es wird zugleich die Aufgabe der europäischen Abgeordneten der SPD sein, Probleme und Interessen der Bundesrepublik Deutschland im Europäischen Parlament sichtbar zu machen, zu vertreten und einen für alle Staaten tragbaren Ausgleich der Interessen anzustreben. Die gemeinsamen Grundsatzserklärungen und Beschlüsse des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien sind für uns die Maßstäbe des gemeinsamen Handelns im Europäischen Parlament. Mit den elf Parteien des Bundes will die SPD im gleichberechtigten Wettstreit mit den anderen Parteien Europas das Vertrauen der Mehrheit der europäischen Bevölkerung gewinnen.

Wir Sozialdemokraten sind davon überzeugt, daß eine konsequente Friedenspolitik, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität und das Ziel der sozialen Demokratie in Europa um so besser verwirklicht werden können, je stärker die Parteien des demokratischen Sozialismus in Europa werden. Wir ringen deshalb um die Mehrheit im Europäischen Parlament.

Wir Sozialdemokraten erheben keinen politischen Alleinvertretungsanspruch. Wir sind im Gegenteil davon überzeugt, daß wir zur Zusammenarbeit über die Grenzen der Parteien des Bundes der sozialdemokratischen Parteien hinaus bereit sein müssen, wenn wir den europäischen Einigungsprozeß beschleunigen und Fortschritte auf dem Weg zur sozialen Demokratie in Europa durchsetzen wollen.

Gerade angesichts der falschen Darstellung geschichtlicher Entwicklungen durch die Konservativen betonen wir:

Sozialdemokraten sind bereits für ein Vereintes Europa und für die Verständigung der Völker eingetreten, als die Konservativen noch dem Nationalismus huldigten. Als vor 100 Jahren das „Sozialistengesetz“ verabschiedet wurde, das eine Periode der Unterdrückung und Verfolgung einleitete, wurden wir von den Konservativen wegen unserer Haltung zur Völkerverständigung diffamiert. Auch heute betreibt die CDU/CSU eine Politik der Konfrontation in Europa. Damit aber geraten Friedenssicherung und Entspannung in Gefahr.

Aus ihrer Oppositionsrolle heraus hat es die CDU/CSU in den letzten zehn Jahren abgelehnt, sich an den wesentlichen Orientierungen der europäischen Friedens- und Aussöhnungspolitik durch die Ostrverträge, der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) und der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit von Helsinki zu beteiligen. Außen- und europapolitisch hat die CDU/CSU mit dieser Haltung in Europa keinen parteipolitischen Partner.

Wer wie die CDU/CSU den Kampf um die Menschenrechte als Mittel der Konfrontation mißbraucht, macht sich unglaubwürdig. Das gilt vor allem dann, wenn man sich daran erinnert, daß – während die SPD den Kampf gegen den Faschismus in Spanien, Portugal und Griechenland unterstützte – führende Vertreter der CDU/CSU eben jene Regime verteidigten und sich ihren Machthabern anboten.

Wer wie die CDU/CSU die Demokratie nur auf die Institutionen beschränken will und die bestehenden Herrschafts- und Wirtschaftsstrukturen

unangetastet läßt, verkennt, daß die politische Demokratie nur auf der Grundlage einer sozialen Demokratie auf Dauer gesichert werden kann.

„Es ist der Irrtum der Konservativen, es könne zwischen Reichen und Armen, Mächtigen und Machtlosen, Wissenden und Unmündigen wirkliche Solidarität geben, und man könne die rechtlich-politische Freiheit für alle bewahren, wenn man die ökonomische, soziale und kulturelle Freiheit einer Minderheit vorbehält.“ (Orientierungsrahmen '85)

Die Verleumdung der Sozialdemokratie durch die CDU/CSU mit dem Slogan „Freiheit statt Sozialismus“ verketzerl Andersdenkende und richtet sich gegen den politischen Pluralismus in Europa. Dieser Slogan und die hinter ihm stehende Politik zerstören die Grundlage für eine in Europa erforderliche Zusammenarbeit verschiedener politischer Kräfte. Diese Politik spaltet Europa statt zu seiner Einigung beizutragen und ist in ihrer praktischen Wirkung trotz gegenteiliger Beteuerungen im Kern antieuropäisch.

Im Streit um die Mehrheit im Europäischen Parlament sind die konservativen Parteien Hauptgegner für die Sozialdemokraten.

- Dabei verkennen wir nicht, daß es in Europa in einer Reihe christ-demokratischer Parteien, die sich auch Traditionen der christlichen Arbeiterbewegung verpflichtet fühlen, freiheitliche und soziale Tendenzen gibt. Wir fordern diese Parteien im Interesse Europas auf, sich von der Konfrontationsstrategie – wie sie insbesondere von der CSU und der überwiegenden Mehrheit der CDU betrieben wird – zu distanzieren.

Die Liberalen haben ein einseitiges Freiheitsverständnis. Sie betonen eher die individuelle Freiheit und Chancengleichheit, haben in ihrer Geschichte aber oft die Bedeutung sozialer Reformen und Strukturveränderungen unterschätzt. Ihre europäische Struktur ist höchst unterschiedlich und stark von nationalen Bedürfnissen geprägt.

Die SPD verfolgt aufmerksam die Entwicklung in den kommunistischen Parteien der EG-Staaten. Sie stellt fest, daß es keinen einheitlichen „Euro-Kommunismus“ gibt. Das Fehlen einer gemeinsamen Haltung dieser Parteien der Europäischen Gemeinschaft gegenüber beweist die mangelnde Übereinstimmung in zentralen europäischen Fragen. Wichtige europäische kommunistische Parteien haben begonnen, sich von der Ideologie der kommunistischen Staaten Osteuropas und ihrer Verfassungswirklichkeit teilweise abzugrenzen. Dies gilt vor allem für die Fragen der Diktatur des Proletariats, der Bindung an die nationalen Verfassungen und die Respektierung des Mehrparteiensystems.

Entscheidender Maßstab für die Beurteilung der sogenannten euro-kommunistischen Parteien wird die Bereitschaft dieser Parteien sein, das Bekenntnis zu Demokratie und Pluralismus in Staat und Gesellschaft für eine demokratische innerparteiliche Willensbildung in ihrer Praxis zu verwirklichen.

Der Anpassungsprozeß der kommunistischen Parteien an die veränderten Bedingungen der europäischen Gesellschaft muß ernsthaft und differenziert beachtet werden.

Der Ausgang dieser Entwicklung ist auch im Verhältnis der westeuropäischen kommunistischen Parteien zu den kommunistisch regierten Staaten des Ostblocks noch offen. Auch wenn diese Staaten in ihrer inneren Entwicklung differenziert zu beurteilen sind, gilt die Feststellung, daß die Kommunisten dort die historischen Ziele und die Hoffnungen der Arbeiterbewegung nicht erfüllt haben. Eine erstarrte Bürokratie entzieht sich der demokratischen Kontrolle der Macht, wichtige Freiheitsrechte werden den Menschen verweigert. Zu dieser Entwicklung haben die kommunistischen Parteien Westeuropas bisher nicht eindeutig Stellung bezogen. Für uns bleiben sie politische Gegner.

Das Vertrauen demokratischer Wähler verdienen allein die Kräfte des demokratischen Sozialismus, die sich seit sechzig Jahren mit den

Kommunisten um die Sache der Freiheit auseinandersetzen, die sich nie dem Dogmatismus gebeugt und der Diktatur keine Zugeständnisse gemacht haben.

Das politisch-moralische Fundament eines vereinigten Europas ist für uns die soziale Demokratie, die nach den Grundwerten des demokratischen Sozialismus zu gestalten ist. Durch ihre Verbindung von Freiheit und Gerechtigkeit kann sie die höhere humane Qualität gegenüber Konservativen und Kommunisten für sich beanspruchen. Der Weg der Verbindung von Freiheit und Gerechtigkeit für Europa ist der Weg der Zukunft.

Für die ersten europäischen Wahlen bekräftigen wir die Feststellung des Godesberger Grundsatzprogramms:

„Darum ist die Hoffnung der Welt eine Ordnung, die auf den Grundwerten des demokratischen Sozialismus aufbaut, der eine menschenwürdige Gesellschaft, frei von Not und Furcht, frei von Krieg und Unterdrückung, schaffen will, in Gemeinschaft mit allen, die guten Willens sind.“

Jeder, Mann und Frau, sind aufgerufen, hier und in allen Ländern der Erde.

Auf deutschem Boden sammeln sich die Sozialisten in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die jeden in ihren Reihen willkommen heißt, der sich zu den Grundwerten und Grundforderungen des demokratischen Sozialismus bekennt.“

